

## EUFOR Althea 2023: Robuste Präsenz unabdingbar

Seit einem Jahr beteiligt sich Deutschland wieder mit der Bundeswehr an der europäischen Friedenstruppe in Bosnien und Herzegowina. Wachsende Spannungen haben EUFOR Althea im letzten Jahr veranlasst, die Personalstärke zu erhöhen und Reservekräfte zu mobilisieren. Im zweiten Jahr der Zeitenwende steht die 1995 in Dayton vereinbarte Friedensordnung zunehmend unter Druck. Vor allem die Sezessionsbestrebungen der *Republika Srpska* geben Anlass zur Sorge. Zurückhaltende internationale Reaktionen könnten hier Fehlkalkulationen Vorschub leisten. Eine robustere Präsenz von EUFOR Althea kann ein klares Signal senden, dass die Sabotage des Gesamtstaats nicht geduldet wird. Die Mission muss aber durch ein konsequentes politisches Handeln unterstützt werden.

### | Mandat und deutscher Beitrag zu EUFOR Althea

Völkerrechtliche Grundlage der europäisch geführten [EUFOR Althea](#) ist die UN-Resolution 2183 aus dem Jahr 2014. Das Mandat wurde zuletzt am 2. November 2022 um ein Jahr verlängert ([Resolution 2658](#)). Zentraler Auftrag der Mission ist es, in Bosnien und Herzegowina (BiH) ein sicheres Umfeld zu gewährleisten und die militärischen Aspekte des Friedensabkommens von Dayton abzusichern.

Gegenwärtig steht EUFOR Althea unter dem Befehl des österreichischen Generalmajors Helmut Habermeyer. Nachdem die Mission angesichts wachsender Spannungen Anfang 2022 um 500 Reservekräfte aufgestockt wurde, verfügt sie gegenwärtig über rund 1.100 Soldaten und Soldatinnen aus 17 EU-Mitgliedstaaten und fünf Partnerländern ([Stand](#): April 2023). Im Rahmen der [Berlin-plus-Vereinbarung](#) führt das NATO Supreme Headquarters Allied Powers Europe (SHAPE) die Mission als EU Operational HQ.

Die [Mandatsverlängerung](#) bis zum 30. Juni 2024 sieht vor, die Obergrenze von 50 Bundeswehrangehörigen beizubehalten. In Notsituationen kann sie kurzfristig überschritten werden. Das Kontingent soll dazu beitragen, die bosnischen Streitkräfte auszubilden, ein sicheres Umfeld aufrechtzuerhalten und die Einhaltung des Dayton-Abkommens zu unterstützen. Das veranschlagte Budget liegt bei 9,1 Mio. Euro.

### | Friedensordnung von Dayton unter Druck

Der aktuelle [63. Bericht](#) des Hohen Repräsentanten warnt vor „gefährlichen Entwicklungen“, die von der *Republika Srpska* (RS) unter ihrem Präsidenten Milorad Dodik ausgehen. Er drängt, „diese Bedrohungen ernst zu nehmen. Die Rhetorik des Herrn Dodik stellt die territoriale Integrität und Souveränität von Bosnien und Herzegowina in Frage, was Frieden und Stabilität im Land und womöglich in der gesamten Region bedroht. Herr Dodik sympathisiert auch mit Russlands Rolle im Krieg in der Ukraine.“

Im zweiten Jahr der Zeitenwende steht also die Friedensordnung von Dayton verstärkt unter Druck. Das 1995 geschlossene Abkommen beendete den dreijährigen Krieg in BiH durch einen Kompromiss, der zwar den Gesamtstaat erhielt, gleichzeitig aber die ethnische Dimension des Konflikts durch eine verschachtelte territorialpolitische Neuordnung festschrieb. Damit einher ging die Hoffnung, dass eine konsequente juristische Aufarbeitung von Kriegsverbrechen, verbunden mit einer EU-Beitrittsperspektive, das Zusammenleben von Tätern und Opfern und eine gesellschaftliche Versöhnung ermöglichen würden. Der Bericht des Hohen Repräsentanten zeigt, dass dieses Kalkül nur bedingt aufgegangen ist.

**Verfestigung von Ethnopolitik** | Die sorgsam tarierte Balance zwischen den bosniakischen, kroatischen und serbischen Volksgruppen hat dazu geführt, dass in BiH Parteien dominieren, die eine ethnopolitisch legitimierte Patronage- und Blockadepolitik verfolgen. Parteien mit einem inklusiven bürgerrechtlichen Ansatz konnten sich bisher kaum durchsetzen.

**Separatismus und Revisionismus der Republika Srpska** | Die Führung der RS verfolgt ihren Separatismus immer offener. Am 24. März 2023 erklärte Präsident Dodik, die Zukunft der RS läge in der Vereinigung mit Serbien. Auch wenn nicht jede Verlautbarung für bare Münze zu nehmen ist, so setzt die RS ihre Politik fort, eigene staatliche Strukturen zu stärken und die Funktionsfähigkeit des Gesamtstaats zu unterminieren. Sie ignoriert Entscheidungen des Verfassungsgerichts, erkennt den Hohen Repräsentanten nicht an und erhebt Anspruch auf Übertragung des Staatseigentums, andernfalls wäre die Sezession zwingend. Das politische Klima wird autoritärer, der Raum für die Zivilgesellschaft und unabhängige Medien schrumpft, die Leugnung des Genozids von Srebrenica wird wieder hoffähig. Die illegale paramilitärische Parade zum Jahrestag der Gründung der RS am 9. Januar 2023, bei der auch Straßen an der Entitätsgrenze abgeriegelt wurden, geriet zur unübersehbaren Drohkulisse.

Dodik sucht auch den demonstrativen Schulterchluss mit Russland und setzt seine Besuche in Moskau fort. Im Januar verlieh Dodik dem russischen Präsidenten den höchsten Orden der RS, im Juni erhielt er von Putin im Gegenzug den Alexander-Newski-Orden.

**Geopolitisches Lavieren Serbiens** | Ähnlich wie im Kosovo trägt auch die zwiespältige Politik des Nachbarlands zur Stärkung der Obstruktionspolitik bei. Nicht zu Unrecht sieht der Westen in Serbien einen Schlüsselakteur zur Stabilität, aber auch zur Destabilisierung der Region. Gegenwärtig wird es immer deutlicher, dass die von Serbiens Präsident Vučić betriebene Politik der Machterhaltung nicht nur die radikal-nationalistischen Akteure im eigenen Land stärkt, sondern auch Konflikte in den angrenzenden Ländern instrumentalisiert und weiterhin auf ein enges Verhältnis mit Russland setzt. Dies wurde auch offensichtlich, als Serbiens Außenminister Dačić und Geheimdienstchef Vulin Ende Mai 2023 – gemeinsam mit Dodik – an einer Sicherheitskonferenz in Moskau teilnahmen.

**Unklare Signale des Westens** | Führende Balkanexpert:innen beurteilen die westliche Politik gegenwärtig außergewöhnlich kritisch. Eine Politik der USA und der EU, die angesichts des russischen Kriegs gegen die Ukraine im Wesentlichen auf Anreize setzt, würde gewalttätige Eskalationen – wie kürzlich im Norden Kosovos – eher einladen als verhindern. Keineswegs dürfe sie das Signal senden, Appeasement zu betreiben. Insbesondere den Sezessionsdrohungen der RS würde zu wenig entgegengesetzt.

In letzter Zeit hat der Hohe Repräsentant vermehrt seine *Bonn Powers* eingesetzt, um verfassungswidrigen Entwicklungen und Blockaden entgegenzuwirken. In seinem Bericht fordert er auch, die Konditionen für die internationale Finanzhilfe stärker zu überprüfen. Seine Entscheidung, am 2. Oktober 2022 – nach Schließung der Wahllokale – die Zusammensetzung des zu wählenden Oberhauses der Föderation zu verändern, war allerdings umstritten, ebenso seine Entscheidung vom April 2023, die fortgesetzte Blockade der Regierungsbildung durch Einführung eines neuen Quorums zu beenden. Sowohl im Land als auch international wurde kritisiert, dass die Entscheidungen eine ethnisch basierte Politik stärke, im letzteren Fall einseitig zugunsten der kroatischen Volksgruppe. Ein evasiver Kommunikationsstil hat zusätzlich Vertrauen gekostet.

## | Fazit: Robuster Einsatz, glaubwürdige politische Signale

Um eine weitere Zuspitzung des Sezessionsszenarios abzuschrecken, ist eine glaubwürdige Präsenz von EUFOR Althea unabdingbar. Dies fordert auch der Hohe Repräsentant. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die Mission durch eine konsequente internationale Politik unterstützt werden.

Die gegenwärtige Politik, stark auf Anreize zu setzen, sollte deshalb überprüft werden. Gerade das Versprechen einer langfristigen EU-Integration greift nicht bei Akteuren, die sich der Sabotage des Gesamtstaats verschrieben haben. Auch hier ist eine aktive Rolle Deutschlands gefragt.